

# Volkstimme

Redaktion:  
Galle a. S., Gr. Brauhausstraße 17  
Fernsprecher 6802

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei)  
für den Regierungsbezirk Merseburg  
Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage

Verlag und Expedition:  
Galle a. S., Gr. Ulrichstraße 27  
Fernsprecher 6407

Nr. 172

Regulärpreis: Monatlich 175 Mk. frei Haus. Bei Abholung 160 Mk. Bei den Abonnenten vierteljährlich 525 Mk., ohne Befreiung. Einzelnummern 15 Pfennig.

Galle, Donnerstag, den 31. Juli 1919

Anzeigenpreis: Die halbpaltene Mittelzeile 20 Pfennig, im Reklametext Mittelzeile 60 Pfennig. — Gleich bei Abrechnung-Anzahlung vorzuzahlen 10 Uhr.

3. Jahrgang

## Betriebsräte und Sozialismus.

Sozialismus ist uns vor allem eine sittliche Forderung. Die Wirtschaftsordnung, die den Weltkrieg verursacht, mindestens ermöglicht hat, soll verschwinden. Es soll eine neue, gerechtere Ordnung entstehen, die der gegenseitigen Ausbeutung von Volksgenossen ein Ziel gesetzt und das Gemeinwohl statt der Einzelinteressen zur Richtschnur nimmt. Aber der Sozialismus hat auch eine sehr materielle Seite. Von ihm erwartet das Proletariat eine Verbesserung der äußeren Lebenslage und der Arbeitsbedingungen. Sie zu erreichen, genügt nicht die Befreiung des „Mehrwertes“.

### Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag.

Sondern es muß eine Erhöhung der gesamten Produktion dazukommen. Denn niemand kann mehr verdienen, als es durch seine Arbeit hervorgebracht hat.

Die erstrebte Besserung ist schwierig, weil Deutschland gegenwärtig unter höchst ungünstigen Wirtschaftsbedingungen steht, weil der Staat zur Bedienung seiner Kriegsschulden und Friedenspflichten sehr großer Mittel bedarf, und weil eine Besserung in der Versorgung aller Volksgenossen mit Nahrung, Kleidung, Wohnung noch dringlicher ist als eine Besserung der Arbeitsbedingungen. Alles zusammen kann nur bewirkt werden durch höhere Leistungen unserer Wirtschaft.

Einen Weg dazu zeigt der Sozialismus. Denn er will planmäßig, zweckmäßige Gesamtwirtschaft an Stelle der bisherigen zerplitterten, vielfach recht unrationellen Summe von Einzelwirtschaften setzen. Aber die technische und organisatorische Verbesserung der Wirtschaft genügt nicht. Es muß dazu auch eine hohe Leistung der menschlichen Arbeit kommen. Gegenwärtig geht die Durchschnittsleistung der Arbeiter zurück. Die Gründe sollen hier nicht erörtert werden. Die Ursache ist unerschütterlich und bildet eine ernste Gefahr für unsere Zukunft. Gewiß soll nicht Raubbau mit der menschlichen Arbeitskraft getrieben werden, wie das früher vielfach geschah; gewiß sollen Arbeitszeit und andere Arbeitsbedingungen so gestellt werden, daß auf die Dauer die Leistungsfähigkeit erhalten bleibt. Aber wir müssen

### neue Arbeitslust, Schaffensfreude wecken,

sonst kann keine Sozialisierung und vorwärts bringen. Ein wichtiges Mittel dazu ist die Demokratie, die Selbstregierung, die Mitbestimmung aller, die nicht auf das Politische beschränkt bleiben darf, sondern in das Wirtschaftsleben überführt werden muß, wo sie Voraussetzung der Sozialisierung ist. Der große Gedanke der Demokratie ist, daß durch das Recht der Mitbestimmung und Selbstverwaltung die Anteilnahme und Verantwortung an seinem Betriebe, die Verantwortung für das Gedeihen unserer Wirtschaft, damit auch die Freude an der eigenen Arbeit erhöht werden. Das erstreben auch die besten Vertreter des Arbeiterparteiens. Es ist eine Schlüsselfrage für unser Vaterland, ob sie recht behalten, ob die Massen sich selbst in Ordnung halten und neue Arbeitslust gewinnen.

Ein erster, beschriebener Schritt auf dem Wege zur Wirtschaftsdemokratie war das Hilfsdienstgesetz, das wesentlich verbessert wurde durch Reichsverordnung vom 22. Dezember 1918 über Arbeiter- und Angestellten-Ausschlüsse. Einen weiteren Schritt hat Bayern mit der Verordnung vom 22. April 1919 über die Errichtung von Betriebsräten in der Provinz. Ein Reichsgesetz über Betriebsräte, dessen erster Entwurf wenig befriedigend ist, ist in Vorbereitung und kommt, wie Ministerpräsident Bauer in seiner Programmrede angekündigt, demnächst an die Nationalversammlung.

Diese Verordnungen sind nur ein Anfang. Sie geben nur Betriebsräte ein und weisen ihnen wirtschaftliche und soziale Aufgaben innerhalb der einzelnen Betriebe zu.

Die politischen Rechte der Arbeiterräte und ihre Mitwirkung bei der Sozialisierung sind noch unerledigt. Ihre Regelung ist besonderen Gegebenheiten vorbehalten. Sie werden auch wohl noch andere Organisationen nötig machen.

Um die Vorschriften nach ihrer Bedeutung und Wichtigkeit richtig würdigen zu können, muß man sich vor Augen halten, daß die wirtschaftliche Demokratie von der politischen erheblich abweicht. Der Staat ist nicht als die organisierte Gesamtheit seiner Bürger. Er kann und darf sein Ziel haben außer der Volksherrschaft möglichst aller. Daher ist die Gesamtheit der Bürger unumschränkter Herrscher im Staate. Die gegebene Verfassungsform ist die Republik. Die wirtschaftliche Unternehmung dagegen ist nicht um ihrer selbst willen da, auch nicht um der Arbeiter und Angestellten willen, die in ihr beschäftigt werden. Ihr Zweck ist, an der

Verförmung der Gesamtheit mitzuwirken. Daher wird im sozialistischen Staate der einzelne Betrieb nicht den dort beschäftigten Arbeitnehmern überlassen werden, sondern es wird an Stelle des Unternehmers oder der Erwerbsgesellschaft, die heute über den Arbeitnehmern steht, der Staat, die Gemeinde oder sonst eine Gemeinschaft treten. Auch sie wird die Leitung des Betriebes in ihrer Hand behalten. Denn eine sozialistische Übernahme der Betriebe durch ihre Arbeiter würde das

### Gegenteil von Sozialismus

bringen, würde die Unordnung der Wirtschaft, die Konkurrenz, die Profitgier belassen; würde nach einem Worte Kurt Eisners nur den Einzelkapitalismus durch einen Gruppenkapitalismus ersetzen.

Deswegen kann Demokratie im Wirtschaftsleben nicht die Alleinherrschaft der Beschäftigten bedeuten, sondern ihre Gleichberechtigung mit dem Betriebsleiter, ihre bestmögliche Mitwirkung. Es muß die Möglichkeit des Zusammenwirkens mit dem Betriebsleiter (gegenwärtig noch mit dem Unternehmer) vorgezogen

sein. Denn Selbstregierung bedeutet nicht nur, daß die Arbeiter gleichberechtigt sein sollen, sondern auch, daß Unternehmer und Arbeiter gemeinsam ihre Angelegenheiten selbst regeln und das Wirtschaftsleben von Eingriffen der Verwaltungsbürokratie freihalten sollen. Aber auch ein Zusammenwirken der Betriebsräte mit den Gewerkschaften ist unerlässlich, weil nur so eine Sozialisierung, d. h. eine planmäßige Umgestaltung der Wirtschaftsbetriebe anstreben; erste Voraussetzung dazu ist Gleichmäßigkeit der Produktionsbedingungen, vor allem der Arbeitsbedingungen.

Auf diesem Wege kommen die Betriebsräte auch am nächsten zur Mitwirkung bei der Sozialisierung und bei der Verwaltung der sozialisierten Betriebe. Die Betriebsräte, wie sie gegenwärtig durch Gesetz eingeführt sind, bilden nur eine Vorstufe, sind gemessen an Erziehungsmitteln, zugleich auch eine Probe dafür, ob wir

### für den Sozialismus reif

sind. Denn der Sozialismus braucht nicht nur andere Wirtschaftsbeziehungen, sondern auch andere Menschen zu seiner Verwirklichung.

## Die Hilfschreie der Sowjet-Republiken.

Weimar, den 30. Juli. Das WTB meldet: Die russische Sowjetregierung verendet durch das Informationsbureau ihres auswärtigen Volkskommisariats an alle sozialistischen Parteien, Zeitungen und Gemeindefunktionäre, in denen die „wirtsch. Lage“ Sowjetlands dargelegt wird. Im ersten Punkt heißt es: „Der von den Beschäftigten geführte Krieg verschwendet eine gewaltige Menge lebendiger Kräfte des Landes. Die Blockade der Verbündeten trennt das Land von der ganzen Welt und verdammt es zu einem Mangel an Maschinen aller Art und Industrieprodukten, die für ein normales wirtschaftliches Leben erforderlich sind.“

Die Einmischung des englischen Imperialismus in Turkestan und die sich daraus ergebende Unmöglichkeit einer Baumwollanbau ruiniert eine Baumwollanbauebene, die vor der Welt steht. In Turkestan betragen die Baumwollanbau 2 Millionen Tonnen. Dank dem Aufschwung der Engländer verkommt es in Massen. Die auf Haupt geschlagene Rohstoffarmee hat bei ihrem Rückzug 21 Schiffe vernichtet, die auf der Rana in ihre Hand fielen. Trotz dieser äußerst ungünstigen Umstände, trotz der barbarischen Methode der Gegenrevolutionäre, die gegen uns kämpfen, ist jede Hoffnung, mit uns durch Beschaffung fertig zu werden, ausgeschlossen. Der von den Verbündeten mit Russland geführte Krieg und die wirtschaftliche Sperre legen nicht nur Russland, sondern allen Ländern ein Europa so gewaltigen, unüberwindlichen Schicksal zu. Russland, das vor dem Kriege ein Weltmarkt bestimmte Rohstoffe lieferte, hat während des letzten Jahres bedeutende Vorräte dieser Stoffe angesammelt. So haben zur Verfügung der wirtschaftlichen Organe der Sowjetmacht über 200 000 Tonnen Flachs und etwa 100 000 Tonnen Hanf aller Ernte. Es sind große Mengen Pelzwaren, Rohhaare und Metalle vorhanden, ohne des folgend Erwähnung zu tun, das Europa zur Wiederherstellung der durch den Krieg vernichteten Bauten so notwendig braucht. Die Sowjetregierung glaubt sehr daran, daß die Arbeiter der Engländer die nötigen Mittel finden werden, um ihre Regierung zu zwingen, die Blockade Russlands aufzuheben und künftighin die anarchoistische Verführung der Reichstümer einzustellen.

### Die Ungarn gegen die kapitalistischen Erdroffler.

WTB Budapest, 30. Juli. (Magyar. Korrespondenz.) Als Antwort auf die Erklärung der Entente, mit der ungarischen Regierung nicht zu verhandeln, richtet die Regierung an alle Proletarier der Welt einen Aufruf, indem es heißt:

„Die Bourgeoisie-Regierungen der Ententemächte wollen und den Kapitalismus neuerdings aufzwingen. Man will uns in einer Finsternis der Welt und der Bevölkerung erdrücken; denn unser bloßer Bestand bedeutet eine Gefahr für sie, die in der Teilung der Werte auch die letzten Reste ihrer niederen Arbeitsfähigkeit verlieren. Die Entente-Regierungen wollen mit Rätes-Regierungen nicht verhandeln können, da die Macht des Proletariats nicht auf dem Volkswillen ruht. Das sagen die, die ihre Volkswirtschaft von den vor acht bis zehn Jahren gewählten Bourgeoisie-Parlamenten erziehen, jene, die entgegen dem Volkswillen den Krieg einleiteten und Jahre hindurch führten, die Banden hielten und angriffen. Sie haben zu ihrem Verhängnis

ten machten und die Kolonien unterjocht hatten. In Budapest allein haben 600 000 Arbeitende bei der ersten Arbeiterrätewahl abgestimmt, in einer Stadt, die kaum eine Million Wähler zählt. Doch das bedeutet in ihren Augen nicht die Offenbarung des Volkswillens, denn in ihren Augen bedeutet bloß der Wille der Bourgeoisie alle Länder und die Proletarierorganisationen der ganzen Welt auf; schick sie Arbeit, die den Kapitalismus zerrüttert und den Sozialismus aufbaut; schick eure Angehörigen, um die Wirkungen der Blockade eurer humanen Regierungen zu sehen!“

Wien, 30. Juli. (Korr.-B.) Wie das „N. Wiener Tagbl.“ erfährt, wurden gestern die telegraphisch eingegangenen Bedingungen der Entente dem hiesigen ungarischen Gesandten übergeben.

Die Regierung steht vorläufig noch auf dem Standpunkt, daß von dem System der Diktatur des Proletariats nicht abgewichen werden kann.

### Welche Internationale?

Am 1. August tritt die Internationale sozialistischer Konferenz in Lugern zusammen. Das Volksblatt würdigt in einem Artikel diese Tatsache. Wir haben schon vor einigen Tagen darauf hingewiesen, daß Rudolf Hilferding der Chefdelegierte der „Freiheit“, der auch als unabhängiger Delegierter nach Lugern geht, sich in einer Art Vorrede für die ungarische Internationale entschieden hat, für nur ein unabhängiges Gesicht geben will. Das Volksblatt aber stellt sich in seinem gefügigen Artikel dieser zu bildenden sogenannten zweiten Internationale recht ablehnend gegenüber, ist ganz nicht damit einverstanden, daß die Unabhängigen nach Lugern Delegierte senden, tröstet sich aber damit, daß es nur zu einer unerwünschten Vorbesprechung ist und stellt fest, daß die ganze zweite Internationale nur „Regierungssozialisten“ seien. Das Volksblatt wünscht den Ausschluß der Unabhängigen an die dritte, die bolschewistische Internationale. Wie aber schrieb doch Hilferding? Ungefähr so: „Wenn wir uns der dritten kommunistischen Internationale anschließen, so ist dies das Ende unseres Partei, das Aufgehen unserer Partei in der kommunistischen Partei.“ Na also. Man kann also auf die Entscheidung gespannt sein, wir glauben aber kaum, daß unsere neuen „Nationalliberalen“ klar werden.

### Große Streikbewegung in Stalien.

Wien, den 30. Juli. W. T. B. druckt: Die Neue Allgemeine Zeitung meldet von der italienischen Grenze: Die Streikbewegung flammte in Stalien erneut auf. In Mailand haben fünfzigtausend Arbeiter den Generalstreik der Arbeiter bestritten. Der Streik wurde von den Metallarbeitern eingeleitet. In Bergamo streikten 80 000 Textilarbeiter unter Führung der katholischen Sozialisten. Die ungarischen 40 Prozent Rohwerksleute.

### Die Zeit für Deiterreich verfliehet.

St. Gallen, 30. Juli. (Korr.-B.) Was das Ende des Staatsänglers Kemner, die zur Erhaltung der Gesamtstaat nicht die Friedensverpflichtung der Entente erleide Zeit zu verfliegen, wurde von der Friedenskonferenz ein Antrag von sechs Tagen bewilligt. Die Zeit läuft somit am 1. August 1 Uhr mittags ab.

# Der Weg nach Romoff.

Den Gang der deutschen Arbeitervertreter zum internationalen Gewerkschaftskongress in Amsterdam bezeichnete dieser Tage eine deutsche Parteizeitung den Weg nach Romoff. Nach den Ausführungen in Weimar ist es ein gewisser Schritt. Wir wurden belogen und betrogen und glaubten an die vielgepöbelte deutsche Krone und Ehrlichkeit auch bei den Machthabern von gestern. Unsere Macht reichte nicht so weit, damals schon die Wahrheit zu erlangen. Heute sehen wir vor einer geradezu schrecklichen Enttäuschung. Dies drücken auch die Sätze der Antwort der deutschen Delegation in Amsterdam auf die belagerten Angriffe aus: „Wenn zu Beginn des Krieges alles das, was jetzt bekannt ist, bekannt gewesen wäre, wenn die Welt nicht so belagert worden wäre, wenn die Haltung der deutschen Arbeitergewerkschaften und ihrer Führer eine andere gewesen. Wenn die deutsche Arbeiterbewegung gehabt hätte, daß Deutschland die angreifende Macht war, dann hätte sie zweifellos versucht, den Krieg mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern.“ In diesen Sätzen ist die Tragödie der deutschen Arbeiterklasse verkörpert. Damit muß sie zugehen, daß die einst herrschenden Verbrecher, die aller Väter und das Zukunftslager des deutschen Volkes herbeizitieren, den Vertreibungswillen der Arbeiterklasse mißbrauchen werden.

Die Vorgänge in Amsterdam geben natürlich der unabhängigen Presse Anlaß zu bitteren Angriffen auf die Mehrheitssozialisten, die von ihnen als Leute hingestellt werden, die sich leichtfertig hinter das Licht hätten führen lassen und dadurch „ihre totale Unfähigkeit als Politiker“ erwiesen hätten. Der Vorwurf ist so kleinlich, daß sich ein Eingehen auf ihn erübrigt. Die Unabhängigen, die jetzt am liebsten ihre Kräfte an den Kampf um die Macht einsetzen, nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich. Aber ganz richtig ist auch die Erklärung der Gewerkschaftsvertreter in Amsterdam nicht. 1914 sind wir doch von etwas anderen Voraussetzungen ausgegangen. Ueber die Kriegsschuld gab am 4. August 1914 Hugo Haase im Auftrage der Partei folgende Erklärung aus:

„Die Folge der imperialistischen Politik, durch die eine Ära des Mißtrauens herbeigeführt wurde und die Gegenüberwärtigen der Völker sich verhassten, hat wie eine Schwärze über Europa herabgezogen. Die Verantwortung hierfür fällt der Trägers dieser Politik zu, wir lehnen sie ab.“ Der Partei ist es damals also gar nicht eingefallen, den verantwortlichen Staatsmännern des alten Systems ein Unschuldsgesing auszukönnen. Von einer Schuldlosigkeit der deutschen Regierung am Kriegsausbruch ist in der Erklärung der Partei kein Wort zu finden; hiermit ist die Kreditbewilligung weder am 4. August noch später motiviert worden, sondern vielmehr mit folgenden Sätzen:

„Jetzt haben wir vor der ehrenvollen Aufgabe des Krieges. Und doch ist der Gedanke der Völker, daß der Krieg gegen den Krieg haben wir heute zu entscheiden, jedoch über die Frage der für die Völker und das Land erforderlichen Mittel. Nun haben wir zu denken an die Millionen Volksgenossen, die ohne ihre Schuld in das Verhängnis hineingeworfen sind.“

Die tatsächlichen Gefahren, die dem deutschen Volke bei einem unglücklichen Kriegsausgang drohen, sind also das Motiv der Kreditbewilligung gewesen, und daß diese Gefahren nicht unterschätzt worden sind, dafür ist der Frieden von Versailles der unüberlegte Beweis. Zudem drohte damals noch das Beispiel des russischen Paris, und das, was ein Sieg dieser belagerten Macht für Europa bedeutet hätte, darf man nicht deshalb vergessen, weil sie durch ihre Niederlage in Stücke gegangen ist.

Jedenfalls muß ausdrücklich festgelegt werden, daß die Kreditbewilligung vom 4. August sich nicht auf den Glauben an die Unschuld des kaiserlichen Systems gestützt hat. Wir wußten, daß es mit sich selbst nicht vereinbar ist, daß es mit jeder Lage, bei der der Krieg ausbricht hat, sich nicht vereinbaren läßt. Doch die politischen Verantwortlichen in Deutschland, gegen die die Arbeiterklasse damals mächtig war, gehaltete den alten Machthabern, dem Volke jegliche Wahrheit vorzuenthalten, es auf die gemeine Weise zu betrügen, und darum auch haben die deutschen Sozialdemokraten, an deren quäm Wollen und internationalen Fühlen nur Verleumdungen ansetzen können, jetzt im Ausland einen recht schweren Stand. Aber auch hier wird die Wahrheit liegen.

## Der internationale Gewerkschaftskongress.

Montag nachmittag wurde in Amsterdam der internationale Gewerkschaftskongress eröffnet. Der Vorsitzende des Niederländischen Verbandes der Gewerkschaftsvereinigungen Dubonnet begrüßte in seiner Eröffnungsrede die Vertreter von mehr als 12 Millionen Arbeitern aus allen Ländern. Er erklärte, das Sozialistische der gesamten Welt müsse sich jetzt zusammenschließen und sich gut organisieren, damit es nicht mehr möglich sei, eine solche Schande wie diesen Krieg über die Welt zu bringen. Der Kongress werde, nach seiner Bestimmung, Stellung nehmen zu dem von der Berliner Arbeiterkonferenz aufgestellt worden ist und prüfen, es dem Ziel der Arbeiter entspricht. Deswegen wurde das Kongress eröffnet, es der Bänderung, der die Arbeiterbewegung in die Hand nehmen soll, der Forderung der Berner Konferenz sowie entgegenzusetzen, daß für die Arbeiter ein Zusammenarbeiten mit ihm möglich und erwünscht ist. Dubonnet erklärte, bisher habe die Kritik der Gewerkschaftsbewegung darin bestanden, nach Eröffnung der Kasse und Vertiefung der Arbeiterbewegung zu leben. In allen Ländern sollte jedoch auf eine Erhöhung der Löhne, eine Erhöhung der Kosten des Lebensunterhalts und aufgeteilt. Der Kongress müsse den Weg finden, um aus dieser verzerrten Krisisausgang zu kommen. Nach der Begrüßung wurde von Dubonnet erklärte, Laski, Amerika in seiner Rede, der Vorrede habe nicht in der ge-

birigen Weise zur Frage der Verantwortlichkeit für den Krieg Stellung genommen. Die Schuld am Krieg liege bei dem Herrschenden monarchischen, militäristischen und kapitalistischen System. Die Ententeregierungen hätten nur den absichtlichen Militarismus vernichtet. Dubonnet erklärte, es sei nicht der Augenblick, diese Frage zu diskutieren. Das werde morgen zur Beratung kommen. Es ist zu protestieren gegen die Behauptung, daß der Krieg durch den Imperialismus und Kapitalismus eines einzigen Landes verursacht worden sei. Der Imperialismus und Kapitalismus Amerikas wären ebenso schuldig, wenn nicht schlimmer als die anderer Länder. Laski, wenn er nicht, daß Imperialismus und Kapitalismus unter einem monarchischen System nicht möglich seien. Der Kongress sollte mit, daß morgen über die deutsche Erklärung beraten werde.

Der internationale Gewerkschaftskongress beschloß, dem Berliner Bureau für seine Finanzgebahrung Unterstützung zu stellen. Zur deutsch belagerten Frage erklärte Laski, er habe im Namen der deutschen Delegation, daß sie mit dem Geleit seiner Erklärung vom Sonntag abend einverstanden sei und die Hoffnung ausdrückte, dadurch zum Zustandekommen der neuen Internationale auf breiter Grundlage beizutragen. Der Bericht der Kommission, in welchem Rath genommen wird, daß die Beobachter der deutschen Delegation wurde hierauf angenommen.

## Kein Anschlag Deutsch-Oesterreichs an Deutschland.

Man zwingt sie mit der Hungerpest. Nach Wien und entsetzlichen Hungerkuren unterliegt es keinem Zweifel, daß mit dem Rücktritt des Generals Ottobauer von der Leitung des Auswärtigen Dienstes Deutsch-Oesterreichs — des glühenden Verteidigers des Anschlaggedankens an die große Schwesterrepublik Deutschland — der größte Sieg der Pariser Gewaltthäter abgeschlossen ist.

Deutsch-Oesterreich steht vor einer äußeren Neuorientierung. Die Hungerpest, die man rücksichtslos über dieses zu Boden getretene Land geschleudert hat, ist als Zwangsmittel vor allem gegenwärtig einer großdeutschen Republik vereinigten, Frankreich widerstrebe dem aus befristete. In Italien stand man diesem Bedenken sympathisch gegenüber, weil die von der Entente betriebene slavische Politik zu einer Lebensgefahr für Italien zu werden drohte.

Nun wird Deutsch-Oesterreich zu einer starken Annäherung an die Entente und zu einem Verstoß der französischen Bespitzelungspläne in Zentraluropa gezwungen. Man will den Plan einer Donaunachbarstaaten, also eines in sich ausbalancierten, aber dem deutschen Einfluss feindlichen deutsch-magyarisch-deutscher-freihändlerischen Bündnisgebilde, auf dem Boden der ehemaligen Donaunachbar wieder aufnehmen.

Es steht zwar im Augenblick noch nicht fest, ob Oesterreich den Friedensvertrag unterschreiben wird. Es ist jedoch sicher, daß die bereitgestellten Zwangsmittel viel stärker sind als die österreichische Widerstandskraft. Unter dem ungeheuren Druck wird Oesterreich alle Wünsche von Paris erfüllen müssen — solange wenigstens, bis der Druck nachhüllt.

Auch Deutsch-Oesterreichs wahre Freiheitsstunde liegt noch in gewisser Entfernung. Wenn die Brutalität entkräftet vor der Gerechtigkeit kapitulieren wird, wird sich der gemeinsame Weg zum Anschlag auf die Vereinigung aller Brüder deutschen Stammes erzwängen.

## 42 Schußgefangene im Verhängen.

So berichtet gestern das Volksblatt. Es bringt einen langen Artikel aus Weimar, in dem bald eine Spalte lang auf die Mehrheitssozialisten geschimpft wird, daß sie Schuld sind an dem Schicksal der 42 Hungerstreiker, die nach dem Beschluß der Nationalversammlung nicht entlassen werden sollen. Es sei aber festgestellt: Unsere Fraktion hat für die Entlassung der 42 Hungerstreiker, nach dem Schluß des Nationalparlamentes, nachdem man sich Herz gegen die verdammten „Arbeiterverrat“ ausgesprochen hat, bringt man in vier Parteien, daß die Mehrheitssozialisten es trotz des abendlichen Nationalparlamentes Beschlusses nachher durchgesetzt haben, daß die sofortige Entlassung der 42 hungerstreikenden Schußgefangenen angeordnet wurde. Wogau also vorher erst der Rarm und die Hebe? Es ist nun einmal so bei den Unabhängigen: Wind muß sein.

Unter der Ueberschrift: Der unabhängige Hungerstreikverrat berichten die P. P. N. dazu folgendes: Zu der gestern von der Fraktion der U. P. N. in der Nationalversammlung hervorgerufenen Debatte über den Hungerstreik von 42 Schußgefangenen in Weimar berichtet, daß die auch heute in der Freiheit wiederholten Angaben nicht den Tatsachen entsprechen. Während noch zwei Gefangene weiter jede Nahrung verweigern, haben 38 bereits den Streik aufgegeben. Der Zustand der noch im Hungerstreik befindlichen ist als nicht gefährlich zu betrachten. Damit entpuppt sich diese von den Unabhängigen so gewaltig aufgebrauchte Angelegenheit als eine ganz bekannte Hebe, und die sie schon aus autoritativen Gründen nicht verzögern können.

## Vaterlandsverräter.

Aus Stenaburg wird dem Vorwärts geschrieben: Die Furcht vor neuerlicher Entlassung veranlaßt heute Kreise deutscher Geschäftsmänner und Kapitalisten, möglichst große Mengen ihres Vermögens in S. U. S. L. abzugeben. Die überaus angestellte Haltung der deutschen Behörden gegenüber dieser Vermögensflucht hat leider zu nicht unerheblicher Schädigung des deutschen Volkvermögens geführt. Diese Volksschädlinge nutzen die traurige Lage des Vaterlandes in verberghlicher Weise aus, indem sie nämlich, wenn es ihnen nicht gelingt, Geld oder Waren auf verbotenem Wege über die Grenze zu bringen, ihr Vermögen da anlegen, wo durch die kommenden Verhältnisse die besten Chancen der Fortschaffung der Vermögen in die Hände der Reichsregierung ohne ihr Zutun von selber erfolgt.

Ein besonders bevorzugtes Gebiet stellt das nach dem Friedensvertrag vermuthlich an Dänemark abzutretende Nordschleswig dar. Die gegenüber anderen Abtretungsgebieten zu wohlgeordneten

verpackungen nach demselben Vorwand ist ein bevorzugtes bevorzugtes Feld für die geheimen Unternehmungen. Kleine, bisher unbedeutende Grenzorte, wie Hadersleben, Apenrade und Sonderburg, Scherbenen jetzt eine unglaubliche Anzahl von Kriegskapitalisten, die in weitestgehender Weise ihr Geld vorrätig anlegen haben und nur auf den Tag warten, wo sie durch die neue Grenzregulierung von Deutschland losgelöst werden.

Sie befolgen neuerdings ein Verfahren, auf das die Regierung ihr ganz besonderes Augenmerk richten mußte. Ungeheure Warenmengen aller Art, sowie nur herangebracht werden können, sind in Nord- und Mittelschleswig aufgeschichtet und drohen Deutschland verloren zu gehen. Eisenwaren in verschiedenster Form, Kohlen, Chemikalien und Düngemittel sind als Kapitalanlage benutzt und gehen, wenn nicht sofortens eingegeführt werden, dem deutschen Wirtschaftsleben und dem Wohlstand verloren. Die Erregung der Bevölkerung ist, besonders in Arbeiterkreisen, außerordentlich groß wegen dieser still gebildeten Ungeheertheit und hat schon, z. B. in Hadersleben, zu Unruhen geführt. Es muß erwartet werden, daß die Regierung endlich Maßnahmen zur Durchführung bringt, die eine weitgehende Erfassung des hinterzogenen Volkvermögens ermöglichen.

## Nach verlorener Schlacht.

Unter dieser Ueberschrift schrieb gestern der Vorwärts über den Ausgang des am 22. Juni 1918 stattgefundenen Krieges. Die konservativen und nationalliberalen Kriegsverlängerer und Amerikophilisten sahen am Montag die betäubten Geister da. Von der Kampfeslust und der Angriffstreue, die die Rede ihres Grafen getragen hatte, war heute nicht eine Spur mehr zu bemerken. Ihre Hebrer Rieher und Warmut verurtheilten nach der verlorenen Schlacht zu retten, was noch zu retten war, nämlich einige Worte zu machen, um dadurch Rebellschwaden zu erzeugen, die die Geschlagenen verblüffen sollten. Aber der Eindruck der getriggen Enttäuschungen war so stark, daß noch nicht einmal die letzte Dient, die sie ihren Parteien an freier Willen anzu erweisen sich bemüht, sich einmischen wollte. Stodend und unzufrieden kamen die leidenschaftlichen Entschlossenungen, die sie sich anboten, zu Gehör. Wirkungslos gingen die sogar an ihren eigenen Parteifreunden vorüber.

## Das verbesserte Schlußkompromiß.

WTB. Weimar, 30. Juli. In den letzten Tagen fanden hier Verhandlungen zwischen den beiden Parteien. Es hat sich dabei, in der Absicht, die drei Parteien in der kritischen Schul- und Bildungsfrage zu einigen. Nach längeren Verhandlungen kam es zu einer Verständigung über den Abzug 2 des Artikels 143, der nach einem gemeinsamen Antrag der drei Parteien folgendermaßen lautet:

„Innerhalb der Gemeinden sind indes auf Antrag der Erziehungsberechtigten Volksschulen ihres Wohnortes oder ihrer Wohnortsgemeinde einzurichten, soweit hierzu ein geordnetes Schulrecht, und im Falle der Abwesenheit der Erziehungsberechtigten ist möglichst zu berücksichtigen. Das Nähere bestimmt die Landesgesetzgebung nach den Grundzügen eines zu erlassenden Reichsgesetzes.“

In die Uebergangsbestimmungen soll weiter folgende Bestimmung aufgenommen werden:

„Bis zum Erlaß des im Artikel 143, Absatz 2, vorgesehene Reichsgesetzes bleibt es bei der bestehenden Rechtslage. Das Reichsgesetz hat Gebiete des Reiches, in denen eine neue Bestimmungen nicht getrennt Schule gesetzlich besteht, besonders zu berücksichtigen.“ Die Meinung der neuen Schulkommunisten liegt nach der Gewerkschaften darin, daß nicht mehr die drei in der Entwurf vorgezeichneten Schularten gleichberechtigt in der Reichsgesetzgebung nebeneinander stehen, sondern fortan die Simultanschule die Norm für die Schule darstellen wird. Die anderen Schularten können nur, wenn ein Verlangen der Erziehungsberechtigten es fordert, neben der Simultanschule eingerichtet werden.

## Die neue Polizeireform.

Berlin, 30. Juli. Auf Grund der durch den Friedensvertrag geschaffenen Lage muß die Reform des Polizeiwesens so schnell wie möglich durchgeführt werden. Die bisherige Voraussetzung, daß im Falle äußerster Gefahr jederzeit Militär zur Unterstützung der Polizei zur Verfügung steht, trifft jetzt nicht mehr zu. Polizei entfall auf 250 bis 270 Köpfe der Großstadt ein Schutzmännchen und auf 3000 Köpfe auf dem Lande ein Genarm. Die jetzigen Zustände der öffentlichen Sicherheit gehen es auch nicht an, daß die Schutzmänner wie bisher in Privatquartieren wohnen. Die Reorganisation der staatlichen Polizei wird sich folgendermaßen gestalten: Die Schutzmännchen steht unter zivilem Befehl. Zur Ausübung des Sicherheitsdienstes, also der Sicherheit der Staatsordnung und des privaten Eigentums, sollen nur unverheiratete Leute verwendet werden. Die älteren verheirateten Leute werden in den anderen Zweigen der Polizeiverwaltung beschäftigt. Ihre Zahl wird mit der Zeit auf die Hälfte vermindert werden, jedoch werden die bereits erworbenen Beamtenrechte unberührt bleiben. Der Dienst umfaßt 24 Stunden Arbeit, abends 24 Stunden Bereitschaft und 24 Stunden Ruhe. Die Besetzung der einzelnen Polizeibeamten des Sicherheitsdienstes, sowie die Besetzung der Polizeibehörden selbst wird auf Basis zeitweiliger Grundlage erfolgen. Die älteren Beamten des Verwaltungsdienstes werden vorzugsweise keine Waffe und auch keine Uniform tragen. Zu ihrem persönlichen Gehalt dient ein Gummihalsband. Die Polizeiochsen des Sicherheitsdienstes setzen sich aus Unteroffizieren der ehemaligen Armee, aus Mannschaften und aus Offizieren des Berufsstandes zusammen. Der früheren aktiven Armee zusammen. Die Mannschaften sind in Feuerwehren untergebracht und erhält in ihrer Verhaltung einen militärischen Anstrich. Die Zahl der Schutzmänner wird um 75 Prozent erhöht werden.

## Reaktion der Befehlsordnung.

WTB. Berlin, 30. Juli. Amtlich. Die Reichsregierung hat am 29. Juli mit der preussischen Staatsregierung eingehend über



we Frage der Teuerungszulage an Beamte und über die Annahme einer Revision der Besoldungsordnung verhandelt. Als Ergebnis... (text continues)

Das Schicksal der Arbeiterkassen im neuen Polen. In Bromberg fand ein Kongress von 180 Gewerkschaftsvertretern aus Polen, Lit. und Westpreußen statt. Es wurde die Bildung eines neuen Gewerkschaftsbundes in Aussicht genommen. In der Hauptversammlung... (text continues)

Das meereherrschende Amerika.

Nach einem Bericht des nordamerikanischen Schiffbauers... fahren jetzt 529 seiner Schiffe mit 2428 878 Tonnen im allgemeinen Handel. Dazu kommen noch 3/4 Millionen Tonnen im Dienste der Armee und Flotte... (text continues)

Wagengangel im Ausreißer.

Essen, 20. Juli. (RWB.) Zur Verfertigung im Ausreißer wird mittelteil. Zu Beginn der vorigen Woche legte sich der Wagengangel in verstärkter Form fort. Bis Mittwoch, den 23. d. Mts. einschließlich wurden im Tagesdurchschnitt nur rund 14 500 Wagen gestellt, während rund 7800 fehlten. Beträchtliche Mengen der Förderung mußten auf Lager genommen werden. Die Eisenbahnverwaltung sah sich daher veranlaßt, für die beiden folgenden Tage die Güterannahme für sämtliche Transporte außer für Brennstoffe zu sperren. (text continues)

Die Unabhängigen drücken sich von der Verantwortung. In München ist bekanntlich Genosse Schmidt von der alten Partei zum Bürgermeister gewählt worden, obwohl die Unabhängigen bei der letzten Bürgerstimmwahl den Sieg über die alte Partei davongetragen haben. Von den Unabhängigen fand dieser Wahlausgang... (text continues)

Die Geschichte zweier Städte.

Komar von Charles Dickens.

Nicht tot, sagte ich, aber sie liegt im Sterben. Welche Lebensart diese gemeinen Menschen besitzen! sagte er und blühte mit einer Neugier auf die Sterbende herab. Es liegt eine wunderbare Kraft im Sömer und in der... (text continues)

zu wählen beschloßen habe. Die U. S. P. und ihr Vorkandidat haben aber die Übernahme des Bürgermeisterpostens und die ihnen von der Wählerliste aufgetragene Verantwortung abgelehnt. (text continues)

Abseiterdelegation nach erlitt. Die nach Versailles abgeordnete deutsche Arbeiter-Delegation besteht, was vom Reichswirtschaftsrat veranlaßt worden ist, aus 7 Vertretern der einzelnen Gewerkschaften. (text continues)

Berfassungsberatung in der Nationalversammlung.

WTB. Weimar, 30. Juli. 70. Sitzung. Im Regierungskomitee: Dr. Preuß, Dr. David, Müller, Dr. Well. Die dritte Beratung des Verfassungsentwurfs wird fortgesetzt. (text continues)

Abg. Durlinger (Dn.): An unserer ablehnenden Stellung gegenüber der Verfassung hat sich seit der zweiten Lesung nichts geändert. Wir bleiben Anhänger der Monarchie. Die republikanische Staatsform wird uns allerdings an der Erfüllung unserer staatsbürgerlichen Pflichten nicht hindern. (text continues)

Abg. Dr. Heine (D. Apt.): Nach drei Gesichtspunkten wird man eine Verfassung, wie wir sie zum Aufbruch unseres Vaterlandes gebrauchen, beurteilen müssen: Sie muß die Möglichkeit geben, alle lebendigen Kräfte des Staates heranzuziehen, sie muß die Voraussetzung für eine stetige und weitsichtige Politik bieten, sie muß kurz und knapp und juristisch einwandfrei gefaßt sein. (text continues)

Abg. Dr. Cohn (U. S.): Der Parlamentarismus durch den Mut nicht, sich auszuwirken und die Gesellschaft, was alles natürliche Leben aus der Seele aufzubauen. Die Räte müssen überall die Aufsicht gewinnen, auch die Betriebsräte, auf denen sich Gruppenarbeit bis zum Wirtschaftsaufbau. (text continues)

Reichsminister Dr. Preuß: Die Opposition der Rechten und der äußersten Linken ist sich darüber einig, daß der Zeitpunkt für die Verfassung fast verstreicht sein soll. Die Rechte steht an der alten Verfassung, und Dr. Cohn erklärte sie für verfaßt, vermutlich in dem Geboten, daß wir... (text continues)

Im politischen Kampf wird sich die Ausrufung der staatsmännischen Arbeit geeigneter Führer, die das Vertrauen des Volkes haben, vollziehen. Man bedauert aber diese Ausrufung nicht, wenn man, wie es hier meistens der Opposition, der Rechten, geschieht, ist, immer das Alte in den Vordergrund stellt, das an seiner Unhaltbarkeit zusammengebrochen ist. (text continues)

Damit schließt die allgemeine Ausrufung der Verfassung. Wenn die Verfassung jetzt verabschiedet wird, bezeugen wir unser Wohlwollen der Diktatur von rechts, als auch vor der von links. (Widerpruch bei der Rechten und der U. S. Beifall der Mehrheit.) (text continues)

Im politischen Kampf wird sich die Ausrufung der staatsmännischen Arbeit geeigneter Führer, die das Vertrauen des Volkes haben, vollziehen. Man bedauert aber diese Ausrufung nicht, wenn man, wie es hier meistens der Opposition, der Rechten, geschieht, ist, immer das Alte in den Vordergrund stellt, das an seiner Unhaltbarkeit zusammengebrochen ist. (text continues)

Abg. Durlinger (Dn.): An unserer ablehnenden Stellung gegenüber der Verfassung hat sich seit der zweiten Lesung nichts geändert. Wir bleiben Anhänger der Monarchie. Die republikanische Staatsform wird uns allerdings an der Erfüllung unserer staatsbürgerlichen Pflichten nicht hindern. (text continues)

Abg. Dr. Cohn (U. S.): Der Parlamentarismus durch den Mut nicht, sich auszuwirken und die Gesellschaft, was alles natürliche Leben aus der Seele aufzubauen. Die Räte müssen überall die Aufsicht gewinnen, auch die Betriebsräte, auf denen sich Gruppenarbeit bis zum Wirtschaftsaufbau. (text continues)

Artikel 3 handelt von den Reichsfarben. Ein Antrag Dr. Heine (D. Apt.) für die Farben Schwarz-Weiß-Rot wird gegen die Stimmen der Rechten und eines Teiles der Demokraten und des Zentrums abgelehnt. Das Ergebnis wird von der Rechten mit Zustimmung angenommen. Große Unruhe und lärmende Zurufe bei den Reichstagsparteiern. (text continues)

Artikel 17, der die Verfassung der Länder betrifft, legt auch die Gemeindefragen die Grundfragen der allgemeinen Wahlen an. Dazu wird ein Antrag Anhalt (Dn.) angenommen, daß das Reichsrecht für Gemeindefragen durch Landesgesetz von einem einjährigen Aufenthalt in der Gemeinde abhängig gemacht werden kann. (text continues)

Die Abstimmung über Artikel 18, der die Veränderung des Gebietes von Ländern usw. betrifft, wird verlegt, da ein dazu gestellter Antrag noch nicht in der Hand der Verammlung. Artikel 22 stellt zunächst die Wahlperiode des Reichstags auf fünf Jahre fest. Ein Antrag Muer (Soc.) will dreijährige Wahlperiode. Ein Antrag Ertelen (Dem.) vierjährige. Nach kurzer Debatte wird die vierjährige Wahlperiode in Ausübung mit 188 gegen 139 Stimmen angenommen. (text continues)

Die Artikel 23-26 werden in der Fassung der zweiten Lesung angenommen. Zu Artikel 37, wonach die Abgeordneten während der Tagungszeit nicht verhaftet oder in Untersuchung gezogen werden können, beantragt Abg. Schumann (Dem.), statt „Tagungszeit“ zu setzen „Tagung“. (text continues)

Der Abg. Rabenstein (Soc.) bringt einen neuen Antrag ein, das Wort „Tagungszeit“ durch „Sitzungsperiode“ zu ersetzen. Dieser Antrag wird angenommen und mit dieser Änderung der Artikel 37. Zu Artikel 38 beantragt Abg. Dr. Kahl (D. Apt.) die Wiederherstellung der Regierungsvorsitzung mit der Fassung, daß in Beziehung auf die Beschlagnahme von Schriftstücken die Abgeordneten den Personen gleichgestellt, die ein gesetzliches Zeugnisverweigerungsrecht haben. (text continues)

Abg. Dr. Kahl (D. Apt.) beantragt, daß die Reichsjustizverwaltung dem Antrag Dr. Kahl zu, der nicht nur juristisch präzis ist, sondern auch dem guten Geschmack entspricht. Artikel 38 wird mit dem Antrag Dr. Kahl angenommen. Die Artikel 39 und 40 werden nach den Beschlüssen zweiter Lesung angenommen. (text continues)

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 4 Uhr 10 Minuten. Die dritte Beratung über den Verfassungsentwurf wird beim dritten Abschnitt (Artikel 41-60) über Reichspräsident und Regierung fortgesetzt. Der Amtsied (Artikel 42) erhält die Fassung: „Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen wehren, Schaden von ihm wehren, die Befehle des Reiches wehren, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.“ (text continues)

Im vierten Abschnitt (Reichsverwaltung) werden die Artikel 62 und 63 (bewaffnete Körper des Reichspräsidenten gegen ein Land, das die ihm nach der Reichsverfassung obliegenden Pflichten nicht erfüllt, und gegen Störungen der öffentlichen Sicherheit zusammengefaßt mit der Änderung, daß der Reichspräsident vor bewaffnetem Körper gegen ein Land den Reichstag verhaften muß. Im übrigen gelangt der Abschnitt unverändert zur Annahme. (text continues)

Im vierten Abschnitt (Reichsverwaltung) werden die Artikel 62 und 63 (bewaffnete Körper des Reichspräsidenten gegen ein Land, das die ihm nach der Reichsverfassung obliegenden Pflichten nicht erfüllt, und gegen Störungen der öffentlichen Sicherheit zusammengefaßt mit der Änderung, daß der Reichspräsident vor bewaffnetem Körper gegen ein Land den Reichstag verhaften muß. Im übrigen gelangt der Abschnitt unverändert zur Annahme. (text continues)

Die Reiter warteten in einem Zimmer im Erdgeschoss, voller Ungeduld fortzuwarten. Während ich allein neben dem Bett lag, dachte ich ab und zu, wie sie mit der Reiterin... (text continues)

„Sie ist tot, sagte ich.“ „Ich würde die Witze, Bruder.“ waren seine Worte, als er sich umdrehte. Er hatte mich vorher schon Gedenken, das ich nicht angenommen hatte. Er legte mir jetzt eine Kiste auf den Schoß. (text continues)

„Sie ist tot, sagte ich.“ „Ich würde die Witze, Bruder.“ waren seine Worte, als er sich umdrehte. Er hatte mich vorher schon Gedenken, das ich nicht angenommen hatte. Er legte mir jetzt eine Kiste auf den Schoß. (text continues)

„Sie ist tot, sagte ich.“ „Ich würde die Witze, Bruder.“ waren seine Worte, als er sich umdrehte. Er hatte mich vorher schon Gedenken, das ich nicht angenommen hatte. Er legte mir jetzt eine Kiste auf den Schoß. (text continues)





Halle und Gaulekreis.

Halle, 30. Juli 1919.

Sozialdemokratischer Verein für Halle und Gaulekreis.

Genz, des 31. Juli, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftsraum, Zimmer 14, Sitzung der Direktionsrat und der Stadtsozialdemokratie.

Einige Ehrenabnehmerverammlung findet heute, den 31. Juli, abends 7 1/2 Uhr im „Augustinerturm“.

Das Ende der geheimen Personalakten.

Der 17. Juli 1919 wird für alle Zeiten ein denkwürdiger Tag für die deutsche Beamtenenschaft bleiben.

Die Sozialdemokratie war es, die diesen Antrag in der Nationalversammlung einbrachte und gegen die Verharmlosungsversuche des Zentrums durchsetzte.

Das böse Kapitel der geheimen Personalakten, die nach einem Erlaß schon seit dem Jahre 1848 zu existieren aufhören sollten, aber infolge der Majoritätsmehrheit des alten Regimes trotzdem weiterbestanden, kann somit endgültig geschlossen werden.

In diesem Zusammenhang sei noch erwähnt, daß es auch die Fraktion der sozialdemokratischen Partei gewesen ist, die den Antrag einbrachte, im Disziplinerverfahren künftig ein Wiedernahmeverfahren zu ermöglichen.

Gerne ist es ein großer Erfolg, daß die sozialdemokratische Fraktion gelungen ist, die von der Regierung Seite in die Verfassung langstete Bestimmung zu heftigen, nach der in Zukunft eine Degradation der Beamten durch die Beamtenklasse selbst möglich sein sollte.

Die unangenehme Seite der Sozialdemokratie wird für die gesamte Beamtenschaft eine Erlösung sein.

Die unangenehme Seite der Sozialdemokratie wird für die gesamte Beamtenschaft eine Erlösung sein.

Die unangenehme Seite der Sozialdemokratie wird für die gesamte Beamtenschaft eine Erlösung sein.

Die unangenehme Seite der Sozialdemokratie wird für die gesamte Beamtenschaft eine Erlösung sein.

Die unangenehme Seite der Sozialdemokratie wird für die gesamte Beamtenschaft eine Erlösung sein.

Die unangenehme Seite der Sozialdemokratie wird für die gesamte Beamtenschaft eine Erlösung sein.

Die unangenehme Seite der Sozialdemokratie wird für die gesamte Beamtenschaft eine Erlösung sein.

Die unangenehme Seite der Sozialdemokratie wird für die gesamte Beamtenschaft eine Erlösung sein.

Die unangenehme Seite der Sozialdemokratie wird für die gesamte Beamtenschaft eine Erlösung sein.

Die unangenehme Seite der Sozialdemokratie wird für die gesamte Beamtenschaft eine Erlösung sein.

Die unangenehme Seite der Sozialdemokratie wird für die gesamte Beamtenschaft eine Erlösung sein.

Die unangenehme Seite der Sozialdemokratie wird für die gesamte Beamtenschaft eine Erlösung sein.

Die unangenehme Seite der Sozialdemokratie wird für die gesamte Beamtenschaft eine Erlösung sein.

Die unangenehme Seite der Sozialdemokratie wird für die gesamte Beamtenschaft eine Erlösung sein.

Die unangenehme Seite der Sozialdemokratie wird für die gesamte Beamtenschaft eine Erlösung sein.

beizugehen. Die in der Durchgangslager abzuholen. Die Kriegsanlagen werden für die Durchgangslager aufbewahrt, so daß ein rechtzeitiges Eintreffen der Bewandten dort kaum möglich sein dürfte, da in den meisten Fällen die Kriegsanlagen sich schon auf der Fahrt nach dem Demarcatore befinden werden.

Die Kriegsanlagen werden für die Durchgangslager aufbewahrt, so daß ein rechtzeitiges Eintreffen der Bewandten dort kaum möglich sein dürfte, da in den meisten Fällen die Kriegsanlagen sich schon auf der Fahrt nach dem Demarcatore befinden werden.

Die Kriegsanlagen werden für die Durchgangslager aufbewahrt, so daß ein rechtzeitiges Eintreffen der Bewandten dort kaum möglich sein dürfte, da in den meisten Fällen die Kriegsanlagen sich schon auf der Fahrt nach dem Demarcatore befinden werden.

Die Kriegsanlagen werden für die Durchgangslager aufbewahrt, so daß ein rechtzeitiges Eintreffen der Bewandten dort kaum möglich sein dürfte, da in den meisten Fällen die Kriegsanlagen sich schon auf der Fahrt nach dem Demarcatore befinden werden.

Die Kriegsanlagen werden für die Durchgangslager aufbewahrt, so daß ein rechtzeitiges Eintreffen der Bewandten dort kaum möglich sein dürfte, da in den meisten Fällen die Kriegsanlagen sich schon auf der Fahrt nach dem Demarcatore befinden werden.

Die Kriegsanlagen werden für die Durchgangslager aufbewahrt, so daß ein rechtzeitiges Eintreffen der Bewandten dort kaum möglich sein dürfte, da in den meisten Fällen die Kriegsanlagen sich schon auf der Fahrt nach dem Demarcatore befinden werden.

Die Kriegsanlagen werden für die Durchgangslager aufbewahrt, so daß ein rechtzeitiges Eintreffen der Bewandten dort kaum möglich sein dürfte, da in den meisten Fällen die Kriegsanlagen sich schon auf der Fahrt nach dem Demarcatore befinden werden.

Die Kriegsanlagen werden für die Durchgangslager aufbewahrt, so daß ein rechtzeitiges Eintreffen der Bewandten dort kaum möglich sein dürfte, da in den meisten Fällen die Kriegsanlagen sich schon auf der Fahrt nach dem Demarcatore befinden werden.

Die Kriegsanlagen werden für die Durchgangslager aufbewahrt, so daß ein rechtzeitiges Eintreffen der Bewandten dort kaum möglich sein dürfte, da in den meisten Fällen die Kriegsanlagen sich schon auf der Fahrt nach dem Demarcatore befinden werden.

Die Kriegsanlagen werden für die Durchgangslager aufbewahrt, so daß ein rechtzeitiges Eintreffen der Bewandten dort kaum möglich sein dürfte, da in den meisten Fällen die Kriegsanlagen sich schon auf der Fahrt nach dem Demarcatore befinden werden.

Die Kriegsanlagen werden für die Durchgangslager aufbewahrt, so daß ein rechtzeitiges Eintreffen der Bewandten dort kaum möglich sein dürfte, da in den meisten Fällen die Kriegsanlagen sich schon auf der Fahrt nach dem Demarcatore befinden werden.

Die Kriegsanlagen werden für die Durchgangslager aufbewahrt, so daß ein rechtzeitiges Eintreffen der Bewandten dort kaum möglich sein dürfte, da in den meisten Fällen die Kriegsanlagen sich schon auf der Fahrt nach dem Demarcatore befinden werden.

Die Kriegsanlagen werden für die Durchgangslager aufbewahrt, so daß ein rechtzeitiges Eintreffen der Bewandten dort kaum möglich sein dürfte, da in den meisten Fällen die Kriegsanlagen sich schon auf der Fahrt nach dem Demarcatore befinden werden.

Die Kriegsanlagen werden für die Durchgangslager aufbewahrt, so daß ein rechtzeitiges Eintreffen der Bewandten dort kaum möglich sein dürfte, da in den meisten Fällen die Kriegsanlagen sich schon auf der Fahrt nach dem Demarcatore befinden werden.

Die Kriegsanlagen werden für die Durchgangslager aufbewahrt, so daß ein rechtzeitiges Eintreffen der Bewandten dort kaum möglich sein dürfte, da in den meisten Fällen die Kriegsanlagen sich schon auf der Fahrt nach dem Demarcatore befinden werden.

Die Kriegsanlagen werden für die Durchgangslager aufbewahrt, so daß ein rechtzeitiges Eintreffen der Bewandten dort kaum möglich sein dürfte, da in den meisten Fällen die Kriegsanlagen sich schon auf der Fahrt nach dem Demarcatore befinden werden.

Die Kriegsanlagen werden für die Durchgangslager aufbewahrt, so daß ein rechtzeitiges Eintreffen der Bewandten dort kaum möglich sein dürfte, da in den meisten Fällen die Kriegsanlagen sich schon auf der Fahrt nach dem Demarcatore befinden werden.

Die Kriegsanlagen werden für die Durchgangslager aufbewahrt, so daß ein rechtzeitiges Eintreffen der Bewandten dort kaum möglich sein dürfte, da in den meisten Fällen die Kriegsanlagen sich schon auf der Fahrt nach dem Demarcatore befinden werden.

Die Kriegsanlagen werden für die Durchgangslager aufbewahrt, so daß ein rechtzeitiges Eintreffen der Bewandten dort kaum möglich sein dürfte, da in den meisten Fällen die Kriegsanlagen sich schon auf der Fahrt nach dem Demarcatore befinden werden.

Die Kriegsanlagen werden für die Durchgangslager aufbewahrt, so daß ein rechtzeitiges Eintreffen der Bewandten dort kaum möglich sein dürfte, da in den meisten Fällen die Kriegsanlagen sich schon auf der Fahrt nach dem Demarcatore befinden werden.

Die Kriegsanlagen werden für die Durchgangslager aufbewahrt, so daß ein rechtzeitiges Eintreffen der Bewandten dort kaum möglich sein dürfte, da in den meisten Fällen die Kriegsanlagen sich schon auf der Fahrt nach dem Demarcatore befinden werden.

Die Kriegsanlagen werden für die Durchgangslager aufbewahrt, so daß ein rechtzeitiges Eintreffen der Bewandten dort kaum möglich sein dürfte, da in den meisten Fällen die Kriegsanlagen sich schon auf der Fahrt nach dem Demarcatore befinden werden.

Die Kriegsanlagen werden für die Durchgangslager aufbewahrt, so daß ein rechtzeitiges Eintreffen der Bewandten dort kaum möglich sein dürfte, da in den meisten Fällen die Kriegsanlagen sich schon auf der Fahrt nach dem Demarcatore befinden werden.

Geheimhaltung. Geftern nachmittag verließ eine Mitarbeiterin ihrer Wohnung durch Einbrechen von Gift ihren Leben ein Ende zu machen. Da sie noch Lebenszeichen von sich gab, wurde sie der Klinik zugeführt. Lebensgefahr besteht nicht.

Was den Schützen bringt beim Befahren der in der Reichswehr anberaumten Klettereridee ein Motorsport. Es trat eine Verletzung durch einen kleinen Stein „Kimmerlöcher“, abends 7 1/2 Uhr „Bauer“.

Stühlerbesuche. Heute, Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr wird das Schauspiel „Stein unter Steinen“ von Subermann wiederholt. Freitag „Martha“, Oper von Flotow.

Was Mittelnd. Das geführte Extra-Konzert war im Stille eines Volksfestes gehalten. Die Orchesterleitung wurden von Selter-Dörfler in anerkennenswerter Weise vorgetragen.

Was Mittelnd. Das geführte Extra-Konzert war im Stille eines Volksfestes gehalten. Die Orchesterleitung wurden von Selter-Dörfler in anerkennenswerter Weise vorgetragen.

Aus der Provinz.

Die Umwälzung in Stadt und Gemeinde.

Das neue Gemeinde-Verfassungsgesetz, das jetzt seinen Siegeszug gegen die Unterherrlichkeit antritt, ist eine der wichtigsten Errungenschaften der Revolution.

Das neue Gemeinde-Verfassungsgesetz, das jetzt seinen Siegeszug gegen die Unterherrlichkeit antritt, ist eine der wichtigsten Errungenschaften der Revolution.

Das neue Gemeinde-Verfassungsgesetz, das jetzt seinen Siegeszug gegen die Unterherrlichkeit antritt, ist eine der wichtigsten Errungenschaften der Revolution.

Das neue Gemeinde-Verfassungsgesetz, das jetzt seinen Siegeszug gegen die Unterherrlichkeit antritt, ist eine der wichtigsten Errungenschaften der Revolution.

Das neue Gemeinde-Verfassungsgesetz, das jetzt seinen Siegeszug gegen die Unterherrlichkeit antritt, ist eine der wichtigsten Errungenschaften der Revolution.

Das neue Gemeinde-Verfassungsgesetz, das jetzt seinen Siegeszug gegen die Unterherrlichkeit antritt, ist eine der wichtigsten Errungenschaften der Revolution.

Das neue Gemeinde-Verfassungsgesetz, das jetzt seinen Siegeszug gegen die Unterherrlichkeit antritt, ist eine der wichtigsten Errungenschaften der Revolution.

Das neue Gemeinde-Verfassungsgesetz, das jetzt seinen Siegeszug gegen die Unterherrlichkeit antritt, ist eine der wichtigsten Errungenschaften der Revolution.

Das neue Gemeinde-Verfassungsgesetz, das jetzt seinen Siegeszug gegen die Unterherrlichkeit antritt, ist eine der wichtigsten Errungenschaften der Revolution.

Das neue Gemeinde-Verfassungsgesetz, das jetzt seinen Siegeszug gegen die Unterherrlichkeit antritt, ist eine der wichtigsten Errungenschaften der Revolution.

Das neue Gemeinde-Verfassungsgesetz, das jetzt seinen Siegeszug gegen die Unterherrlichkeit antritt, ist eine der wichtigsten Errungenschaften der Revolution.

Das neue Gemeinde-Verfassungsgesetz, das jetzt seinen Siegeszug gegen die Unterherrlichkeit antritt, ist eine der wichtigsten Errungenschaften der Revolution.

Das neue Gemeinde-Verfassungsgesetz, das jetzt seinen Siegeszug gegen die Unterherrlichkeit antritt, ist eine der wichtigsten Errungenschaften der Revolution.

Das neue Gemeinde-Verfassungsgesetz, das jetzt seinen Siegeszug gegen die Unterherrlichkeit antritt, ist eine der wichtigsten Errungenschaften der Revolution.

Das neue Gemeinde-Verfassungsgesetz, das jetzt seinen Siegeszug gegen die Unterherrlichkeit antritt, ist eine der wichtigsten Errungenschaften der Revolution.

Das neue Gemeinde-Verfassungsgesetz, das jetzt seinen Siegeszug gegen die Unterherrlichkeit antritt, ist eine der wichtigsten Errungenschaften der Revolution.

Das neue Gemeinde-Verfassungsgesetz, das jetzt seinen Siegeszug gegen die Unterherrlichkeit antritt, ist eine der wichtigsten Errungenschaften der Revolution.



